

Zeitschrift: Annuaire de l'Association suisse de science politique = Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft

Band: 3 (1963)

Artikel: Bedeutungsvolle Wahlgänge im Jahre 1962

Autor: Gruner, Erich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-170616>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BEDEUTUNGSVOLLE WAHLGÄNGE IM JAHRE 1962

Unser Kommentar über die Wahlen von 1962 soll nicht einem ein für allemal festgelegten Schema folgen. Wir bezwecken damit auch keine Vollständigkeit. Wahlen mit einem fast routinemässigen Ausgang finden deshalb weniger Berücksichtigung als solche, die überraschende Resultate aufweisen. So darf z. B. in unserm Wahlkommentar die Wahl von R. Bonvin zum Bundesrat nicht fehlen.

I. Die Bundesratsersatzwahl vom 27. September 1962

ist in mehrfacher Hinsicht symptomatisch. Wohl das Auffallendste ist, dass sich in ihr eine gewisse Neugruppierung der Kräfte dokumentiert hat, welche für die Zukunft der schweizerischen Politik bedeutungsvoll sein könnte. Im Spiegel der Wahlkommentare erscheinen ferner die Ablehnung des parteioffiziellen Kandidaten und die Verworrenheit der Wahlsituation als bemerkenswerteste Begleiterscheinungen. Ein Blick in die *Geschichte der Bundesratswahlen* belehrt uns jedoch darüber, dass beides nicht als abnorm für diesen wichtigen Wahlakt gelten darf, und zwar bis weit zurück ins 19. Jahrhundert. Wir erinnern etwa an die Wahl von *L. Ruchonnet* (1881), wo die grosse Mehrheit der Waadtländer jede Beteiligung im Bundesrat ablehnte, darum dem Waadtländer Liberalen Berdez die Stimme versagte und sie dem deutschschweizerischen Zentralisten Hoffmann aus St. Gallen gab, dem Vater des späteren Bundesrates. Erst als dieser ablehnte, liess sich Ruchonnet portieren. Ähnlich programmwidrig ging es 1919 bei der Wahl von Bundesrat *Chuard* zu. Der offizielle Kandidat der Waadtländer Radikalen, der Stadtpräsident Maillefer von Lausanne, wurde damals zwar sogar von der konservativen wie von der bäuerlichen Fraktion unterstützt, vermochte aber in drei Wahlgängen trotz einem ansehnlichen stimmenmässigen Vorsprung nie bis zum absoluten Mehr zu gelangen und unterlag schliesslich im 5. Wahlgang mit 57 gegen 157 Stimmen gegenüber dem vorerst jede Wahl ablehnenden Chuard. Noch verworrener war die Lage 10 Jahre später bei der Doppelwahl der Bundesräte *Minger* und *Meyer*, weil neben der Auswahl der Persönlichkeiten die viel heiklere Frage zu entscheiden war, ob die beiden bisher nicht in der Exekutive vertretenen Parteien, Bauernpartei und Sozialdemokratie, als bundesratswürdig befunden

würden, wobei wiederum mit der möglichen Preisgabe der freisinnigen Mehrheitsstellung im Bundesrat zu rechnen war. Bei der Besetzung des Zürcher Sitzes unterlag auch damals der freilich nur mit knappem Mehr zum offiziellen freisinnigen Kandidaten erhobene Zürcher Demokrat Ständerat Wettstein gegenüber dem damaligen Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, der als Rechtsfreisinniger vor allem dank der Unterstützung durch die Konservativen und konservativ denkenden Bauern siegte.

Eine Bundesratswahl erscheint dem historisch-politischen Betrachter als Ablauf folgender Akte: Vorbereitung der Wahl durch die Fraktionen, Diskussion der Kandidatur in Presse und Volk, der Wahlvorgang selbst und Wahlkommentar mit anschliessender Aussprache über die politische Lage.

1. Wahlvorbereitung durch die Fraktionen

Während manche Bundesratswahl schon durch die schwere Hypothek belastet war, welcher Partei oder welcher Landesgegend ein Sitz zukommen sollte, war dieses Mal der Anspruch der konservativ-christlichsozialen Partei und der romanischen Schweiz unbestritten. Das Interesse konzentrierte sich also von Anfang an auf die Frage, welchen Kandidaten diese Partei auf den Schild erhebe, und wie sich die andern Parteien dazu stellen würden. Die konservative Fraktion erkor am 20. September im vierten Wahlgang den Bündner Ettore Tenchio zu ihrem offiziellen Bundesratskandidaten. Im ersten Wahlgang hatte ihn zwar der Tessiner Maspoli mit 21 Stimmen um 1 Stimme geschlagen, im dritten sogar mit 5 Stimmen. Im letzten Wahlgang erzielte aber Tenchio mit 33 Stimmen einen Vorsprung von 6 Stimmen gegenüber Maspoli, der 27 erhielt. Diesen Vorsprung mochte er auch der Tatsache verdanken, dass er das Amt eines Parteipräsidenten bekleidet. Im ersten Wahlgang hatten ausserdem Bonvin 16 und der Freiburger Torche 2 Stimmen erhalten; beide fielen in den beiden nächsten Gängen aus. — Von den *grossen Fraktionen* beschlossen die Radikalen und die Sozialdemokraten Stimmfreigabe für einen konservativ-christlichsozialen Kandidaten romanischer Sprache. Im Kommentar der *NZZ* (Nr. 3679 vom 27. Sept.) wurde indessen betont, dass Torche in den Wahlgängen möglicherweise weiter vorrücken werde als in der eigenen Fraktion. Nur die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei stellte sich hinter den offiziellen konservativen Kandidaten.

2. Das Echo in Presse und Volk

war noch bedeutend uneinheitlicher als dasjenige innerhalb der Fraktionen. Die *Basler Nachrichten* (21. Sept.) betonten die « skeptische Aufnahme der Kandidatur Tenchio ». Es werde gegen ihn ins Feld geführt, dass er der Anwalt des italienischen Ölkönigs Mattei sei. Ferner wurde ihm vorgeworfen, dass er sich im Parlament vorwiegend der deutschen Sprache bediene, also nicht als Vertreter der romanischen Schweiz zählen könne. Die Kandidatur Maspoli wurde von den beiden andern Tessiner Parteien abgelehnt, während der Walliser Bonvin die Unterstützung durch sämtliche Walliser Parteien für sich buchen konnte und im Volk offenbar auf grosse Sympathien stiess. Die rechtsstehende *Gazette de Lausanne* empfahl der Deputation der welschen Schweiz, sich geschlossen für die Wahl von Bonvin einzusetzen, weil er eine selbständige Persönlichkeit sei, der sowohl « imagination » wie nüchterne Intelligenz eigne. Dagegen brachte ihn seine Zugehörigkeit zum christlichsozialen, also linken Flügel, nicht in Konkurrenz zum ebenfalls christlichsozialen Tenchio, dessen Kandidatur von manchen

Kreisen als Zeichen einer « *apertura a sinistra* » gewertet wurde, was wiederum den Chancen des mehr rechtsstehenden Torche Auftrieb geben musste. Der konservativen Partei blieben die Vorwürfe nicht erspart, ihre « Wahlvorbereitung sei in den Schlingen der Parteitaktik verstrickt, und sie habe die ganze Bundesversammlung in eine unerfreuliche Situation hineintreiben lassen » (*Basler Nachrichten*, Nr. 410 vom 28. Sept.). Das *Vaterland* bekannte nachträglich, es habe « noch kaum je eine so undurchsichtige Ausgangslage zu einer Bundesratswahl » bestanden (Nr. 226, 28 Sept.), was angesichts unserer obigen historischen Vergleiche nicht stimmt.

3. Der Wahlakt vom 28. September 1962

wird am besten durch folgende Aufstellung charakterisiert.

	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	4. Wahlg.	5. Wahlg.
Ausgeteilte Stimmzettel .	234	235	234	234	234
Gültige Stimmzettel . .	234	234	233	233	227
Absolutes Mehr	118	118	117	117	114
Stimmen erhalten:					
Bonvin	87	99	101	114	142
Tenchio	67	67	64	54	scheidet aus
Torche	26	39	58	65	85
Maspoli	38	27	10	scheidet aus	
Clottu	14	2	—		

Gewählt war somit im 5. Wahlgang der 1907 geborene Roger Bonvin, seit 1955 hauptamtlicher Stadtpräsident von Sitten. Der neue Bundesrat hatte das Collège von Sion und das Kollegium Einsiedeln, anschliessend die E.T.H. besucht, die er 1932 mit dem Diplom eines Ingenieurs verliess. Er war darauf als Ingenieur bei der Planung des Dixence-Kraftwerkes, bei der Landestopographie und beim Ausbau der Furkastrasse tätig, seit 1936 im Dienste der kantonalen Baudirektion. 1942-49 wirkte er als leitender Beamter auf dem kantonalen Departement des Innern, und von 1950 bis 1955 wirkte er als Chefingenieur beim Bau des Mauvoisin-Dammes. Dem Nationalrat gehörte er seit 1955 an. Er genoss grosse Sympathien als hoher Offizier und aktiver Sportler. Eine Zeitlang stand er dem schweizerischen Skiverband als Präsident vor.

4. Der Wahlkommentar

Obschon natürlich die Herkunft der für die verschiedenen Kandidaten abgegebenen Stimmen Geheimnis der Wahlurnen bleibt, wurde doch aus der Stellungnahme der Fraktionen und den zahlreichen Kommentaren in den Grundzügen klar, welche Kräftekonstellation dieser Wahl zugrunde lag. Im Augenblick der Wahl besaßen die Fraktionen der vereinigten Bundesversammlung folgende Stärken: Radikale und Konservativ-Christlichsoziale: je 65; Sozialdemokraten:

53; Bürger- und Gewerbeartei: 27; Unabhängige: 10; Liberale: 8; Demokraten und Evangelische: 7; Partei der Arbeit: 3; fraktionslos: 2. Total 240. Anwesend waren 235. Entscheidend für die Wahl Bonvins dürfte gewesen sein, dass er die ziemlich geschlossene Unterstützung der welschen Schweiz, vor allem der Kantone Genf, Neuenburg, Waadt und Wallis besass, und dass sich auch die Sozialdemokraten mit sehr grosser Mehrheit für seine Kandidatur einsetzten. Dagegen stand wohl die eigene Partei von Anfang an nicht geschlossen hinter der offiziellen Kandidatur Tenchios, der zudem ja noch offiziell von der BGB-Fraktion unterstützt wurde; sonst hätte er sicher einmal die Zahl von 67 Stimmen überschreiten müssen. Recht gespalten war offenbar von Anfang an die radikale Fraktion, deren Stimmen sich allen Kandidaten zugewendet haben dürften. Dass Torche der ernsteste Rivale Bonvins war, wurde vom ersten Wahlgang an sichtbar, als er in zunehmender Weise die Stimmen auf sich vereinigte, die vorher auf Maspoli, Tenchio und den liberalen Kandidaten Clottu gefallen waren.

Aus diesem Gegensatz glaubten verschiedene Kommentatoren den Schluss ziehen zu dürfen, dass sich in der Wahl Bonvins eben doch die Kräfte einer «apertura a sinistra» mächtig gezeigt hätten, ja dass Bonvin seinen Erfolg «bis zu einem gewissen Grade der Zusammenarbeit der antikapitalistischen Kräfte» verdanke (*Luzerner Tagblatt*, 227, 29. Sept.). Gegenteiliger Meinung ist das *Vaterland*, nach dessen Kommentar (Nr. 227, 29. Sept.) sich z. B. «einflussreiche Kreise der Elektroindustrie zugunsten Bonvins eingesetzt» hätten. Obschon auch in dieser Bundesratswahl, wie bei jeder grundlegenden politischen Entscheidung, gesellschaftlich wirtschaftliche Gegensätze beteiligt gewesen sein mögen, so wird man die Wurzeln dieser Entscheidung doch tiefer zu suchen haben. Mit Recht weisen die rechtsstehenden Zeitungen der französischen Schweiz darauf hin, dass es hier letztlich nicht um politische Nüancen gegangen sei. Wie hätte sonst, meint die *Gazette de Lausanne*, ein «Rechtsfreisinniger» wie der Zürcher Häberlin sich so sehr für die Wahl Bonvins einsetzen können, wie allgemein bekannt geworden sei? In einem mündlichen Kommentar erklärte später Nationalrat Häberlin, Bonvins Wahl habe vor allem der integren, in Haltung und Denken unabhängigen Persönlichkeit gegolten (*NZZ* 4236, 31. Okt.).

Es ereignete sich also bei der Wahl Bonvins etwas Ähnliches wie bei derjenigen Wahlens drei Jahre zuvor. Es wurde eine jahrzehntelange, von bekannten «Königsmachern» gepflegte *Routine* mit eingespielten Formen und Regeln von den *dynamischen Persönlichkeiten unseres politischen* Lebens offenbar ganz bewusst *durchbrochen*. Es ist ein offenes Geheimnis, dass unter dem alten System zu verschiedenen Malen zweit- und dritrangige Kandidaten den erstklassigen vorgezogen worden sind. Seit aber die EWG bestimmte politische Formen angenommen hat, ist Europa in ein dynamisches Zeitalter getreten, das von uns eine ebenso dynamische Politik verlangt; freilich ganz im Gegensatz zu unserem Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus, dessen hektischer Dynamik wir mit der Besinnung auf unsere Vergangenheit, also mit konservativen Kräften, begegnen mussten. In unserm Volke melden sich tiefere Strömungen, die eine Anpassung an diese neue dynamische Wirklichkeit verlangen, und die sich, wie sich schon mehrmals gezeigt hat, in einem gewissen *Nonkonformismus* äussern, der sich bis jetzt am deutlichsten in der französischen Schweiz geäussert hat. Diese Kräfte scheinen nun auch ihre Widerspiegelung in der neuen Frontbildung während der Bundesratswahl gefunden zu haben, aus der Bonvin deshalb siegreich hervorging, weil er ein Mann der industriell-technischen Dynamik ist.

II. Wahlen in Kantonen und in der Stadt Zürich

Unsere Volkswahlen zeichnen sich in der Regel durch grosse Stabilität aus, so dass man sich fragen mag, ob sie überhaupt einen besonderen Kommentar verdienen. Aber abgesehen davon, dass die politische Ruhe als Teil unserer politischen Wirklichkeit auch darstellungswürdig ist, mehren sich doch auch in den kantonalen Wahlgängen gewisse Zeichen der Bewegung.

1. Die Regierungsratsersatzwahl in Basel-Stadt

vom 13./14. Oktober muss hier an erster Stelle erwähnt werden. In ähnlicher Weise wie bei der Bundesratswahl ist auch hier der nicht offizielle Parteikandidat, Gerichtspräsident Dr. ab Egg, dem offiziellen, Redaktor A. Breitenmoser vorgezogen worden. Diese Doppelkandidatur der Katholischen und Christlichsozialen Volkspartei, deren Anspruch in der Ersatzwahl für den der gleichen Partei angehörenden zurücktretenden Regierungsrat Peter unbestritten war, bietet dem politischen Wissenschaftler freilich deshalb neue Aspekte, weil es sich um eine *Volkswahl* handelt. Das bezeichnendste an diesem Kampf ist wohl die Tatsache, dass sich hier ein *Teil des Parteivolkes* und vorab die Wählerschaft gegen die faktische Beschneidung ihres Wahlrechtes zur Wehr gesetzt haben. Es war nämlich in Basel innerhalb kurzer Zeit mehrere Male vorgekommen, dass bei Ersatzwahlen in den Regierungsrat dem Wahlvolk bloss ein einziger Kandidat zur Auswahl vorgestellt wurde, weil der betreffende Parteivorschlag von keiner andern Partei bestritten war. Das bestehende Wahlgesetz fördert diese Praxis, indem es zwei offizielle Nominierungen der gleichen Partei nicht zulässt, offenbar um die bei einer Doppelkandidatur mögliche Parteispaltung zu verhindern. Ein Gegenkandidat kann also nur von dritter Seite aufgestellt werden.

Sinnvoll war die Gegenkandidatur ab Egg indessen nur deshalb, weil er auch *innerhalb der Partei* auf einen *starken Anhang* zählen konnte. Der offizielle Kandidat Breitenmoser hatte als Parteipräsident begreiflicherweise parteiintern einen Vorsprung und verfügte vor allem im Parteivorstand über eine relativ grosse Mehrheit. An der Delegiertenversammlung, an der 160 Delegierte anwesend waren, erzielte Breitenmoser aber nur 82 Stimmen, überschritt also das absolute Mehr nur um 4 und die Stimmenzahl seines Gegners ab Egg nur um 12 Stimmen. Unterstützt von einem überparteilichen Aktionskomitee erhob die innerparteiliche Fronde ab Egg zum zweiten Kandidaten, unter Berufung auf die zu wahrende Entscheidungsfreiheit des Stimmbürgers und die für die Verwaltung des Justizdepartementes geeignetere juristische Ausbildung und Erfahrung seines Favoriten. *Die andern Parteien* hielten sich in diesem innerparteilichen Kampfe zurück. Das Parteiblatt der Liberalen, die *Basler Nachrichten*, standen aber mit ihren Sympathien eher auf Seiten von ab Egg. Das katholische *Volksblatt* stellte sich beiden Kandidaten zur Verfügung, musste sich aber von andern Parteiblättern später den Vorwurf gefallen lassen, es habe eher der inoffiziellen Kandidatur Vorschub geleistet. Die Katholische Volkspartei war innerlich stark zerrissen und ging hart an einer Parteispaltung vorbei.

Der *offizielle Kandidat* genoss einen nicht unerheblichen *wahltechnischen Vorteil*, weil sein Name auf einem vorgedruckten Wahlzettel stand, während derjenige des Gegenkandidaten auf einen leeren Zettel besonders niederschreiben war. Dadurch wurde das Wahlgeheimnis « durchlöchert »; denn die Anhänger ab Eggs mussten sich nolens volens jedermann zu erkennen geben, sobald sie sich

mit einem Schreibzeug an einem Wahlzettel zu schaffen machten. Das Polizeidepartement liess deshalb mit Hilfe von Vorhängen eine Art Wahlkabinen aufstellen, um — mindestens der Form nach — das Wahlgeheimnis zu wahren. Trotz diesem und andern gegen ab Egg wirkenden Nachteilen wurde dieser überraschend mit 15 256 Stimmen gewählt — bei einem absoluten Mehr von 11 903 —, allerdings bei einer Stimmbeteiligung von bloss 38,6 %. Sein Gegner erzielte 8 475 Stimmen. Das Basler Volk hatte damit vor allem gegen die Tendenz protestiert, ihm bei Wahlen nur noch das Recht zu lassen, Parteikandidaturen formell zu bestätigen. Der Kampf hat trotz allen damit verbundenen unangenehmen Nebenerscheinungen politisch belebend gewirkt. Die Parteien müssten nun allerdings die Konsequenz ziehen und eine Revision des Wahlgesetzes einleiten, um die Aufstellung von Doppelkandidaturen zu erleichtern.

2. Die Gemeinde- und Stadtratswahlen von Zürich

Obschon diese am 3./4. März abgehaltenen Wahlen relativ ruhig verliefen, vor allem weil ausser dem Stadtpräsidium bei den Stadtratswahlen kein Sitz umstritten war, haben si doch zu einem kleinen Erdrutsch geführt, der für die politische Lage städtischer Siedlungen im Zeitalter der Hochkonjunktur signifikant sein mag. Haben doch die Linksparteien und der Landesring dabei schlecht abgeschnitten, während die Freisinnigen und die Evangelischen Fortschritte aufweisen. Die Resultate werden am besten in einem historischen Vergleich deutlich, den wir in der Form der folgenden Tabelle geben.

Prozentuales Stärkeverhältnis der Partei- und Sitzverteilung im Zürcher Gemeinderat

Wahlj.	Komm. PdA		Sozialdem.		Unabh.		Christlichsoziale		Evang. Volksp.		Demokr.		Freisinn.		BGB		Nat. Front Freiwirt.	
	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.	% ¹	S.
1922	10,8	13	37,8	49 ²	—	—	9,1	9	2,6	1	10,3	12	28,9	41	—	—	—	—
1933	4,7	2	47,8	63	—	—	8,3	13	2,3	—	7,5	6	16,9	28	4,2	3	7,7	10
1942	—	—	36,5	48	28,6	37	9,2	13	1,7	—	5,4	3	15,7	23	—	—	2,9	1
1954	4,6	2	34,1	46	14,5	20	13,5	16	3,4	3	4,2	4	17,1	27	5,7	7	2,0	—
1962	1,9	—	33,1	46	14,1	14	15,0	19	5,8	8	2,9	1	19,8	27	6,4	10	—	—

¹ Prozentualer Anteil der Parteien an der Wählern. ² Inkl. 6,6 % Grütliauer, resp. 5 Sitze.

Ein flüchtiger Blick auf die nebenstehenden Zahlen belehrt uns, dass es, gemessen an einer Entwicklung von 40 Jahren, zwei *Parteitypen* gibt: solche die einen langsamen, aber *stetigen Aufstieg* zu verzeichnen haben: die beiden konfessionellen Parteien; die Christlichsozialen und die Evangelischen, ferner die Freisinnigen und die Bauern-, Bürger- und Gewerbestartei. Die andere Gruppe verzeichnet einen mehr oder weniger *grossen Wählerschwund*: die beiden Linksparteien, der Landesring und die Demokraten. Dabei ist freilich deutlich zu unterscheiden zwischen den Sozialdemokraten, die seit dem Ende des scharfen politischen Klassenkampfes ganz einfach stagnieren, den Demokraten, die einen hoffnungslosen Niedergang erleiden, oder etwa dem Landesring, als einer typischen *Konjunkturpartei*, dessen

Wählerzahlen auffallend schwanken. 1958 traten z. B. 17,3% der Wähler für ihn ein, 1950: 19,4 %. Er hat freilich dieses Mal beinahe einen Viertel seiner Wähler verloren (Rückgang von 15 390 auf 11 742!). Der Verlust von ganzen 6 Gemeinderatssitzen ist freilich auch der Aufteilung in Wahlkreise und der ihm ungünstigen Listenverbindung zuzuschreiben. Unter günstigeren wahltechnischen Voraussetzungen hätte er wohl nur 2 Sitze verloren, ähnlich wie die Sozialdemokraten, welche bei einem Rückgang ihrer Wähler von 31 194 auf 27 671 ihre Sitzzahl halten konnten.

Fragt man nach den Hintergründen dieser Erscheinung, so wird man den *Rückgang der Stimmbeteiligung* mitberücksichtigen müssen. Betrug diese auf dem Höhepunkt des Klassenkampfes (1922 und 1933) noch 85 % (1919 sogar etwas über 90 %), so sinkt sie 1942 auf 68,3, steigt dann vorübergehend 1946 (Grosserfolg der PdA mit 15,3 % der Wählenden) auf 77,8 % und sinkt seither ständig: 1954: 70,9 %; 1958: 69,8 % und 1962: 66,6 %. Bedenkt man zugleich, dass die Wahlbeteiligung mit dem Alter, mit dem sozialen Stand und der bürgerlichen Geordnetheit der Familienverhältnisse stark zunimmt, so liegen die Erfolge der obenerwähnten « Aufstiegsparteien » klar auf der Hand. 1958 beteiligen sich z. B. nur 62 % der 20-29jährigen, dagegen 80 % der über 60jährigen. Gleichzeitig enthalten sich 43 % der Geschiedenen, aber nur 23 % der Verheirateten der Stimme. Von den Stadtzöchern stimmen 82 %; von den in der Stadt Zürich ansässigen Ausserkantonalen dagegen nur 66 %. Die beste Stimmbeteiligung weisen, was die soziale Schichtung anbelangt, die öffentlichen Angestellten mit 85 % und die öffentlichen Arbeiter mit 81 % auf; dagegen gehen nur 68 % der in der Privatindustrie tätigen Arbeiter zur Urne. Am besten schneidet 1958 der Wohlstandskreis 7 mit 73 %, am schlechtesten Kreis 1 mit seinem hohen Anteil an Gastgewerbepersonal und Alleinstehenden ab. Die *Aufstiegsparteien* verfügen also über ein relativ gut ausgeschöpftes und *leicht ausschöpfbares Wählerreservoir*, während eine Konjunkturpartei wie der Landesring um so schlechter abschneidet, je weniger umstritten die Wahlen sind, je weniger gross die Stimmbeteiligung ist. Im Rückgang der Sozialdemokraten manifestiert sich auf ganz auffallende Weise das *Désinterressement der jungen Arbeitergeneration*, die mit dem Aufstieg in eine wirtschaftlich und sozial gehobene Position nun nicht etwa einer « bürgerlichen » Liste oder dem Landesring folgt, sondern sich jeder politischen Betätigung enthält, solange es ihr wenigstens wirtschaftlich besser geht als ihren Vätern.

3. Kantonsratswahlen in den Kantonen Bern, Thurgau, Zug und Glarus

In diesen Kantonen hat sich mutatis mutandis ähnliches ereignet wie bei den Zürcher Gemeinderatswahlen, nur dass es nirgends zu einem Erdrutsch gekommen ist wie in der Stadt Zürich. Es entspricht diese Stabilität bei kantonalen Wahlen durchaus den Ergebnissen, wie sie schon vor einem Jahr für die Kantone Solothurn, Aargau und Graubünden verzeichnet worden sind. Obwohl alle vier Kantone nicht als voll industrialisiert gelten können, machen sich doch auch hier im politischen Leben die für eine wachsende Industriebevölkerung typischen politischen Begleiterscheinungen geltend: Rückgang des bäuerlichen Elementes und damit Stagnation der bäuerlichen Parteien, Vormarsch des Freisinns und leichter Krebsgang der Sozialdemokratie. Dies zeigt sich am deutlichsten im *Kanton Bern*, für den wir die Resultate der wichtigen Parteien in einem historischen Überblick geben.

Wahlj.	BGB-Partei		Sozialdem.		Freis. dem.		Kath. chr. soz.		Landesring		Diverse			
	%*	Sitze	%*	Sitze	%*	Sitze	%*	Sitze	%*	Sitze	%*	Sitze	%	Sitze
1922 . .	43,5	103	30,1	63	15,3	30	6,5	14	—	—	4,6	14	100	224
1934 . .	40,4	101	34,3	79	15,5	32	5,4	11	—	—	4,6	5	100	228
1950 . .	35,9	79	35,7	68	18,8	32	6,1	10	2,2	4	1,3	1	100	194
1962 . .	36,6	78	34,7	68	19,2	39	6,0	11	1,3	1	2,2	3	100	200

* Proventualer Anteil der Parteien an den Wählern.

Die Stimmbeteiligung zeigt ähnlich rückläufige Tendenzen auf wie bei Zürich. Von 73,8 im Jahre 1922 steigt sie zwar auf 76 % 1934, sinkt dann aber auf 72,2 % für die Wahlen von 1950 und schliesslich auf 62,4 % für 1962. Aufschlussreich wäre es, auf die zwischen Amtsbezirken und Gemeinden bestehenden Unterschiede hinzuweisen; doch fehlt uns der hierzu notwendige Raum. Interessenten seien auf die vom Statistischen Büro des Kantons Bern herausgegebenen « Mitteilungen » (Neue Folge Nr. 46) hingewiesen, welche eine eingehende Analyse der « Ergebnisse der Grossratswahlen im Kanton Bern vom 6. Mai 1962 » enthalten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im *Kanton Thurgau*. Der lau geführte Wahlkampf vom 1. April brachte den Freisinnigen eine Zunahme von 25 auf 26 und der Evangelischen Volkspartei eine solche von 7 auf 8 Sitze. Christlichsoziale und Katholische Volkspartei, die im Thurgau getrennt marschieren, wahrten ihre 32, die Bauern ihre 33 Mandate, die Demokraten ihr einziges, während die Sozialdemokraten von 28 auf 27 zurückfielen.

Im *Kanton Zug*, wo die Wahlen der Ständeräte, Regierungsräte und des Kantonsrates am 24./25. November stattfanden, wurde das politische Kräfteverhältnis in ähnlichem, aber noch deutlicherem Sinne verschoben. Die Konservativ-Christlichsozialen verfügen nun dank *einem* Gewinn über 42 Mandate, die Freisinnigen auf Grund ihres Wahlsieges aber über 26 (Zunahme 4). Die Verlierer sind die Sozialdemokraten (Rückgang von 11 auf 8) und der Landesring, der von 2 Sitzen einen preisgeben musste.

Dieselbe Verschiebung registrieren wir auch im *Kanton Glarus*, wo der Freisinn (Allgemeine bürgerliche Volkspartei) von den 80 Landratssitzen jetzt 28 statt wie früher 24 innehat, die Christlichsozialen mit 13 Sitzen ebenfalls einen Gewinn buchen, während die Sozialdemokraten mit ebensovielen einen Verlust beklagen. Den Demokraten verbleiben wie früher 26. Die Erhöhung der Landratssitze von 76 auf 80 kam also ausschliesslich dem Freisinn zugute. Freilich muss deutlich gesagt werden, dass die Sozialdemokraten das Opfer der glarnerischen « Wahlkreisgeometrie » sind, d.h. der Aufteilung des Landes in über 20 Wahlkreise. In den letzten Nationalratswahlen steuerten sie von den 16.500 Parteistimmen 6500 bei, also gegen 4090! Im Landrat verfügen sie aber nur über ca. 1690.

Die Sozialdemokraten haben einzig in der Ersatzwahl für einen *Bündner Regierungsrat* im April einen Sieg davongetragen. Dort besiegte nämlich ihr Kandidat, Landammann und Nationalrat Hans *Stiffler* von Davos, den *demokratischen* Gegenkandidaten Professor Hans Meuli aus Chur. Seinen Vorsprung von 4800 Stimmen verdankt aber der Sozialdemokrat nicht vor allem den Gefolgsleuten seiner Partei, deren Stimmkraft hierzu nicht ausgereicht hätte, sondern der Unterstützung durch die *Konservativen*, die besonders drastisch im Oberland

zutage trat. Aber auch Freisinnige unterstützten Stiffler aus alter Rivalität gegen die Demokraten, die übrigens früher einmal den Sozialisten Stiffler gegen den freisinnigen Kandidaten Margadant warm unterstützt hatten. Der *Freie Rätler*, das Organ der Freisinnigen, führt diese Wahlniederlage auf die Schaukelpolitik der Demokraten zurück, welche die Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade poussiert hätten, nun aber von ihnen überrundet worden seien. Werden die Demokraten in Bünden das Schicksal ihrer Parteigenossen im Thurgau und St. Gallen erleiden, wo sie von der bäuerlichen und sozialdemokratischen Partei beerbt worden sind, oder werden sie sich in den bevorstehenden Wahlkämpfen auf neue Weise bewähren?

ERICH GRUNER.